

Bildungsreform in Liechtenstein
November 2009

Regierung des Fürstentums Liechtenstein, Vaduz
(Projekt-Nr. 40916)

Schwerzenbach, 5. November 2009

ISOPUBLIC Institut für
Markt- und Meinungsforschung

Matthias Kappeler
Geschäftsführer

Dr. Claudia Gross-Wandl
Mitglied der Geschäftsführung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Zweck der Untersuchung	3
II. Untersuchungskonzept	4
Phase I – Stimmbürger	4
Phase II – Betroffene	5
Phase III – Experten	8
III. Berufsethische Normen	9
IV. Feldarbeit	10
V. Gewichtung	11
VI. Aufgaben von ISOPUBLIC	13
VII. Das Wichtigste in Kürze	14
Zu den Stichprobencharakteristika	14
Probleme im Schulwesen	14
Beurteilung vorgegebener Probleme	17
Schlagworte in der Reformdiskussion	19
Problemwahrnehmung der Schüler	22
Die Abstimmung	23
Argumente aus der Abstimmungsphase	24
Informationsquellen	29
Lösungsansätze	30
Neue Lösungsansätze	31
VIII. 10 Minuten-Stichworte	34
Konsens über die Probleme:	35
Stichworte zu Lösungsideen	36

I. Zweck der Untersuchung

Nach der Ablehnung des Reformprojekts SPES I zur Reform der Sekundarstufe am 29. März 2009 stellte sich die grundlegende Frage, in welcher Form eine für breite Kreise tragbare Reform stattfinden kann. Dazu sollten zunächst die Ursachen des Abstimmungsergebnisses festgestellt werden, das heisst, die ausschlaggebenden Argumente für das Stimmverhalten waren zu eruieren.

In weiterer Folge ging es jedoch auch um eine Bestandsaufnahme, wie die derzeitige Situation von den Betroffenen beurteilt wird und welches die aus ihrer Sicht notwendigsten Reformschritte sind.

Dabei waren der Natur des Themas entsprechend zahlreiche, sehr heterogene Interessengruppen und Betroffene im Konzept adäquat zu berücksichtigen.

Die Studie und ihre Durchführung durch ein aussenstehendes, unabhängiges Institut sollen neutral und objektiv empirische Fakten festhalten.

Es sei jedoch an dieser Stelle festgehalten, dass es den Rahmen dieses Forschungsprojektes sprengen würde, auch die Moderation des politischen Willensbildungsprozesses und die inhaltliche Entwicklung von Lösungsansätzen zu übernehmen. Die dem Institut von einigen Befragten (v.a. Experten) ausdrücklich zugedachte Rolle des externen Experten, des Moderators, der durch seine Neutralität und die gewonnen Erkenntnisse DEN glücksbringenden Lösungsansatz entwickelt und vorgibt, muss entschieden, in vernünftiger Selbstbeschränkung zurückgewiesen werden.

Leitlinie bei Konzeption, Durchführung und Auswertung der Studie war eine objektive Feststellung des Status Quo und die Dokumentation der von den Befragten eingebrachten Lösungsvorschläge, Anregungen und Argumente – und zwar ergebnisoffen.

II. Untersuchungskonzept

Angesichts der unterschiedlichen inhaltlichen Dimensionen und vor allem angesichts der sehr heterogenen Zielgruppen war ein Methodenmix notwendig.

Phase I – Stimmbürger

Dimensionen

Zunächst die Befragung der Stimmbürger. Sie zielte vor allem darauf ab, die Überlegungen anlässlich der Abstimmung und natürlich auch betreffend der Situation heute kennenzulernen. Es ging einerseits um das konkrete Abstimmungsverhalten und auch das Ausmass der Betroffenheit (Problemwahrnehmung), andererseits – naturgemäss rudimentär – um die Bedeutung einzelner Argumente und auch die Bedeutung verschiedener Informationsquellen für die Bevölkerung.

Dies sollte erste Aufschlüsse darüber geben, welche Anliegen, Anforderungen oder Wertungen von welchen Zielgruppen in einem neuen Reformprozess berücksichtigt werden müssen.

Stichprobe

Es wurden 1002 Stimmberechtigte befragt, aus denen sich 819 Teilnehmer an der Abstimmung ergeben haben.

Die Auswahl erfolgte mittels Random-Quotaverfahren, d.h. die Haushaltung wurde per Zufall angewählt, die zu befragende Person mit einer Quote ermittelt bzw. nach ihrer Stimmberechtigung gescreent. Abweichungen von den amtlichen statistischen Daten wurden mittels Gewichtung korrigiert, so dass diese Stichprobe der Struktur der Stimmberechtigten entspricht und somit repräsentativ für die Grundgesamtheit von 18'500 Stimmberechtigten ist.

Der auf dieser Stichprobe berechenbare höchstmögliche theoretische Fehlerspielraum (bei einem Sicherheitsgrad von 95,54%) beträgt +3.2 %.

Methode

Die Befragung erfolge in Form von telefonischen CATI-Interviews (Computer Assisted Telephone Interviewing) im Rahmen einer ad-hoc Studie von unserem Telefonstudio in Schwerzenbach aus. Zugrunde lag ein von ISOPUBLIC entwickelter teilstandardisierter Fragebogen, die CATI Programmierung erfolgte durch uns auf dem Programm ODIN (NIPO).

Phase II – Betroffene

Dimensionen

In einem weiteren Schritt, der zeitlich etwa parallel stattfand, wurden die Betroffenen (Schüler, Lehrlinge, Eltern, Lehrer, Lehrbetriebe) befragt. Diese Interviews gingen bereits mehr in die Tiefe als die Bevölkerungsbefragung. Es wurden beispielsweise die Argumente offen abgefragt und auch hinterfragt, neue Lösungsvarianten wurden diskutiert.

Dabei wurden die Schüler, Eltern und Lehrer, aber auch höhere Schulen bzw. Lehrbetriebe mit jeweils adaptierten Fragebögen angesprochen, Schüler beispielsweise je nach Schulstufe in verkürzter, vereinfachter Form, Lehrbetriebe aus der entsprechenden betrieblichen Perspektive etc.

Stichprobe

Eltern und Schüler würden aus einer repräsentativen Haushaltsstichprobe gescreent (mittels Quotenvorgaben nach Region, Schulart und -stufe), d. h. die Haushaltungen wurden wie in Phase I ausgewählt, in weiterer Folge wurde erhoben, ob im Haushalt Kinder/Jugendliche der gewünschten Gruppen vorhanden sind. Für die Lehrlinge wurden zusätzlich auch die Lehrbetriebe kontaktiert, da der Screeningaufwand ansonsten unverhältnismässig geworden wäre. In diesen Fällen wurde – wie auch von der Altersgrenze her zulässig – darauf verzichtet, die Zustimmung des Erziehungsberechtigten zum Interview einzuholen, bei den anderen Interviews wurde diese Zustimmung im Rahmen des Screening eingeholt.

Der Ordnung halber sei hier erwähnt, dass aufgrund der Kleinheit der Grundgesamtheit (Liechtensteiner Bevölkerung) Mehrfachkontakte notwendig waren, dass also durchaus in einem Haushalt ein Stimmbürger- und ein Schülerinterview stattfinden konnte. Es wurden jedoch nur gleiche Haushalte, nicht jedoch gleiche Personen kontaktiert.

Die Lehrbetriebe wurden aus einer Liste der Lehrbetriebe in Liechtenstein, welche vom Auftraggeber beigelegt wurde, zufällig ausgewählt.

Für die Rekrutierung der Lehrpersonen konnte im Bereich öffentliche Schulen von Kontaktdaten des Auftraggebers ausgegangen werden, aus denen mittels Zufallsauswahl eine Stichprobe der gewünschten Grösse gezogen wurde, für die anderen Schulen wurde über die Schulleitung bzw. die Informationen auf den jeweiligen Homepages der Kontakt geknüpft.

Diese – v.a. hinsichtlich Schüler und Lehrer – aufwändigere Vorgangsweise wurde gewählt, um jeden Einfluss Dritter auszuschliessen (beispielsweise eine Vorauswahl der zu befragenden Schüler durch die Lehrer oder der Lehrer durch die Schulleiter).

Bei der Festlegung des Stichprobenumfangs waren einerseits statistische Überlegungen, andererseits „politische“ Erwägungen anzustellen, um eine möglichst repräsentative Stichprobenstruktur (welche Hochrechnungen zulässt) und eine sozial akzeptable Teilnahmemöglichkeit der betroffenen Gruppen zu erreichen.

Folgende Fallzahlen wurden realisiert:

Schulart	Schüler	Eltern (*)	Lehrer (**)
Primarschule	60	60	53
Oberschule	60	62	23
Realschule	100	119	30
Gymnasium (Unter- & Oberstufe)	100 (52+48)	142	21
Privatschulen	20	23	-
Lehrlinge	100		
10. Schuljahr	-	-	6
Hochschule Liechtenstein	-	-	2
BZB	-	-	11
AHS/BHS in Vorarlberg	-	-	3
TOTAL	440	340 (*)	150

Lehrbetriebe

50 Interviews

(*) Addiert man die Fallzahlen in den einzelnen Schultypen, ergibt sich ein Wert von 406 – aufgrund von Doppelzuordnungen: Eltern mit mehreren Kindern in unterschiedlichen Schultypen zählen doppelt.

(**) Die zu befragende Sportschule ist aufgrund der Identität der Lehrerschaft in der Kategorie Realschule integriert. Die Privatschulen formatio und Waldorf verweigerten die Teilnahme. Weiterführende Schulen (etwa in Vorarlberg) fühlten sich teilweise mit der Materie zu wenig vertraut, um Auskunft zu geben, so dass hier im Vergleich zum ursprünglichen Stichprobenplan Verschiebungen durchgeführt werden mussten.

Methode

Auch in dieser Phase wurden telefonische CATI-Interviews (Computer Assisted Telephone Interviewing) im Rahmen einer ad-hoc Studie von unserem Telefonstudio in Schwerzenbach aus durchgeführt. Der teilstandardisierte Fragebogen wurde wiederum von uns entwickelt, die CATI Programmierung erfolgte durch uns auf dem Programm ODIN (NIPO).

Phase III – Experten

Dimensionen

Abschliessend, und unter Einbeziehung der Ergebnisse der Phasen I und II wurden Experten (Eltern-, Lehrervereine, wirtschaftliche Interessengruppen und Vereine, die sich mit der Reform besonders auseinandersetzen) befragt.

Stichprobe

Es wurden folgende Organisationen bzw. Personen berücksichtigt:

Präsident oder besonders zuständiges (Vorstands-)Mitglied

Dachverband der Elternvereinigungen (1 Interview)

Privatschule EV Waldorfschule (1 Interview)

Elternvereinigungen von Primarschulen (3 Interviews, jeweils in verschiedenen Elternvereinigungen)

Elternvereinigung HPZ (1 Interview)

Elternvereinigung Gymnasium: (1 Interview)

Realschulbeirat Eschen: (1 Interview)

Präsident oder besonders zuständiges (Vorstands-)Mitglied von

Verein für Bildungsvielfalt (2 Interviews)

Schule mit Zukunft (2 Interviews)

Präsident (Stellvertreter) der Lehrervereinigung und 3 Lehrer, max. 1 aus Entwicklungsteam

Primarschule (4 Interviews)

Oberschule (4 Interviews)

Realschule (4 Interviews)

Gymnasium (4 Interviews)

Präsident oder besonders zuständiges (Vorstands-)Mitglied von

LIHK Liecht. Industrie- und Handelskammer (3 Interviews)

Wirtschaftskammer Liechtenstein (3 Interviews)

LANV Liecht. ArbeitnehmerInnenverband (2 Interviews)

Liechtensteinischer Bankenverband (2 Interviews)

Liechtensteinische Treuhändervereinigung (2 Interviews)

Methode

Hier wurden semi-qualitative Einzelinterviews durchgeführt. Dies ist eine persönliche, mündliche Befragung, die durch den Interviewer aufgrund seines Leitfadens gesteuert wird. Dieser Leitfaden ist nur teilweise strukturiert – Konkretisierungen, Vertiefungen, Änderungen der Reihenfolge sind hingegen aus der Situation heraus variierbar. Die Interviews fanden durch Mitglieder des Projektleitungsteams in den Wohnungen bzw. Büros der Befragten statt und dauerten etwas über eine Stunde.

Die Fragebogenentwicklung erfolgte durch uns aufgrund des Ausgangsbriefing und der Ergebnisse von Phase I und II. Die in allen Phasen standardmässig vorgeschalteten Pilotinterviews ergaben hier die Notwendigkeit, eine Frage geringfügig umzuformulieren.

III. Berufsethische Normen

Als Mitglied von Swiss Interview (Vereinigung Schweizer Markt- und Meinungsforschungsinstitute) und vsms (Verband Schweizer Markt- und Sozialforscher) ist ISOPUBLIC an deren berufsethische Normen gebunden (siehe VII Berufsethische Normen).

IV. Feldarbeit

Die telefonische Befragung wurde von 62 unserer speziell geschulten, erfahrenen, regelmäßig für uns arbeitenden und streng kontrollierten CATI-Befragerinnen und -Befragern durchgeführt.

Die qualitativen Interviews wurden von 4 Projektleiterinnen vor Ort geführt.

Die konkreten Felddaten waren:

Stimmbürger:	17. August – 14. September 2009
Eltern:	18. August – 1. Oktober 2009
Schüler:	25. August – 1. Oktober 2009
Lehrer:	26. August – 21. September 2009
Lehrbetriebe:	20. August – 26. August 2009
Experten:	5. Oktober – 22. Oktober 2009

V. Gewichtung

a) Stichprobenstruktur

Angaben In Prozent	ISOPUBLIC Stichprobe 1002 Personen	
	effektiv	gewichtet
Total	100	100
Wirtschaftsregionen		
Unterland	37	34 ¹⁾
Oberland	63	66 ¹⁾
Geschlecht		
Männer	41	49 ¹⁾
Frauen	59	51 ¹⁾
Alter (Jahre)		
15-34	18	27 ¹⁾
35-54	58	38 ¹⁾
55-74	24	35 ¹⁾
Kaufkraftklassen		
Gutsituierte	14	14
Oberer Mittelstand	54	54
Unterer Mittelstand	26	26
Wenigbemittelte	3	3

¹⁾ GewichtungsvARIABLE

Definition Kaufkraftklassen

KKK 1 / Gut Situierte:	Betriebsinhaber, oberste leitende Angestellte, Selbständig-Erwerbende mit grossem Geschäft/Praxis; Leute, die sich alles leisten können: ein schönes Haus, eine grosse teure Wohnung, ein teures Auto haben, Winter- und Sommerferien auf der ganzen Welt machen, sich sehr gut kleiden usw.
KKK 2 / Obere Mittelklasse:	Obere leitende Angestellte/Beamte, Selbständig-Erwerbende mit mittlerem Geschäft/Praxis, gut verdienend, schöne Wohnung, mittelgrosses Haus, Mittelklassewagen, Ferien im Hotel usw.
KKK 3 / Untere Mittelklasse:	Angestellt in mittleren Chargen, Facharbeiter, rechtes Einkommen ohne grosse Verpflichtungen, aber auch ohne Luxus, ev. kleines Auto und bescheidene Ferien, vielleicht Luxus unter Verzicht auf vieles andere.
KKK 4 / Wenig Bemittelte:	Hilfsarbeiter, untere Angestellte, Leute mit eher geringem Einkommen und grossen Lasten, mehrere Kinder; jedenfalls Leute, die mit jedem Rappen rechnen müssen und sich nur das Nötigste gönnen.

VI. Aufgaben von ISOPUBLIC

Im Rahmen dieses Projektes übernahm ISOPUBLIC folgende Aufgaben:

- Entwicklung und Adaption der Fragebögen aufgrund des Briefing des Auftraggebers unter besonderer Bedachtnahme auf Objektivität (Prüfung durch mehrere Projektleiter)
- CATI-Programmierung des Fragebogens // Druck und Versand des Fragebogens und Befragungsmaterials
- Stichprobenbildung
- Instruktion der Befragerinnen und Befrager
- Pilottest
- Durchführung der telefonischen und persönlichen Interviews einschliesslich Qualitätskontrollen
- Datenerfassung und Vercodung offener Fragen
- Erstellung eines bereinigten Rohdatensatzes, Gewichtung
- Statistische Auswertung und Erstellen der Computertabellen
- Ausführliche Notizen der qualitativen Interviews
- Lieferung von Tabellenband, ausführlicher Zusammenfassung und Analyse, Graphiken

Zusätzlich fungierten wir als Anlaufstelle von Befragten (sei es, um sich von der Seriosität zu überzeugen, sei es, um sich über SPES I, einzelne Beteiligte oder die Untersuchung selbst zu beschweren). Umfassenderen, vehementen und unwahren Angriffen in Form von Leserbriefen wurde durch PR-Arbeit (Leserbriefe, Interviews) begegnet, die in den beiden Tageszeitungen ausreichend dargestellt wurde.

VII. Das Wichtigste in Kürze

Zu den Stichprobencharakteristika

Die Untersuchung untermauerte einmal mehr, dass die Schulkarriere der Kinder wesentlich durch Bildung und Beruf der Eltern vorgezeichnet wird (so ist auch die Heterogenität bei Geschwistern sehr gering). Die Sprache (Herkunft) spielt ebenfalls eine gewichtige Rolle, so hat die Hälfte der Oberschüler fremdsprachige Eltern – gerade diese Kinder gehen a priori sehr gern in die Schule. Eine Korrelation Schultyp-Patchworkfamilie konnte nicht festgestellt werden.

Die Kinder sind zu einem Viertel sehr oder wenig motiviert, die Hälfte ist eher motiviert. Diese Motivation sinkt mit dem Alter (jüngere Kinder haben eine höhere Motivation und ein positiveres Selbstbild hinsichtlich Schulleistungen) und sie ist bei Realschülern vergleichsweise gering.

Jeder vierte Schüler erhält Stützunterricht – besonders in der Realschule, wo denn auch weniger weitere Aktivitäten der Schüler (z.B. Musikunterricht, Sportverein etc.) Platz finden. Begabtenförderung (10%) ist vor allem in der Primarschule zu lokalisieren.

Primar- und Oberschullehrer sind eher dienstjünger, Gymnasiallehrer eher dienstälter – ein Faktum, das bei der Planung künftiger Reformen evtl. berücksichtigt werden sollte. Wie auch ein Experte feststellte, ist die gemessene Motivation bei Primarlehrern (etwas abgeschwächt auch bei Realschullehrern) am geringsten.

Probleme im Schulwesen

Die offene Frage nach wahrgenommenen Problemen zeigt zunächst, dass ein Drittel der Stimmbürger dem Thema fern stehen, was häufig auch explizit eingestanden wird (und auch zu zahlreichen Teilnahmeverweigerungen bei der Umfrage führte). Das Fernstehen führte auch dazu, nicht zur Abstimmung zu gehen, oder aber bei der Abstimmung „sicherheitshalber“ gegen eine Änderung zu votieren.

Die Spontanantworten der SPES-Befürworter kreisten primär um Übertritt/Selektion, Chancengleichheit, Dreigliedrigkeit, jene der SPES-Ablehner um Lehrer (Kompetenzen) und Ausländerintegration.

Eltern und Lehrer sind naturgemäss stärker mit dem Thema befasst – es gab wenig Fernstehende und im Durchschnitt 2 wahrgenommene Probleme.

Ältere Eltern und Mütter nehmen mehr Probleme wahr – Mütter insbesondere das individuelle Eingehen auf die Kinder und das Übertrittsverfahren, Väter die Lehrerkompetenz und –motivation, Durchlässigkeit und Gleichberechtigung sowie die SPES-Ablehnung. Gymnasium-Eltern betonten die Lehrerkompetenz und –motivation und den Ruf der Oberschule, Oberschul-Eltern Gewalt und Mobbing, Chancengleichheit und ebenfalls den Ruf der Oberschule. Primarschuleltern bekümmert primär der Selektionsstress (und der frühe Zeitpunkt sowie die schlechte Durchlässigkeit) für die Kinder.

Gymnasiallehrern geht es besonders oft um die Frage des Übertritts, der Oberschule (und ihre Zusammenlegung mit der Realschule), Primarlehrern (die eher frustriert sind) um Entlastung, Unterstützung, Schülerstress und inhaltliche Fächerdiskussion. Lehrer an der Realschule sprechen vermehrt um Chancengleichheit, spätere Selektion/Durchlässigkeit, aber auch Elternmitwirkung und Schülderdisziplin. In der Oberschule geht es um Gesamtschule, Chancengleichheit, Begabten- und v.a. Schwachen-Förderung.

In den Betrieben geht es um Sprachen (Französisch), Mathematik, aber auch um Selbständigkeit und Selbstverantwortung.

In Phase III kreisten die Nennungen der Experten um die Themen Selektion, Durchlässigkeit, Oberschule, Lehrerweiterbildung und –evaluation, Schulautonomie. Hinzu kamen (mit geringerer Intensität) die individuelle Förderung von Starken/Schwachen, Gewalt und Mobbing sowie die Rolle (und Überforderung) der Eltern.

Der Selektionsdruck in der 5. Klasse sei unerträglich, zumindest der Zeitpunkt sei nach Ansicht einiger Experten raschestmöglich nach hinten zu verlegen (v.a. um den Kindern Zeit für ihre Entwicklung zu geben). Einige andere Experten bezweifeln jedoch, ob ein Verschieben sinnvoll sei (Pubertät, Leistungsgruppen-Einstufung aufgrund von Tests, Lehrer kennen Schüler noch nicht so lange).

Hinsichtlich Selektion wird aber durchaus auch angemerkt, dass die Kinder gerne wissen möchten, wo sie stehen und dass „ein bisschen Druck sein müsse, damit die Kinder nicht erst mit 15 auf die Welt kommen“.

Auch die Sinnhaftigkeit von Quoten und die Gestaltung des Entscheidungsprozesses wird in Frage gestellt (evtl. Quoten zu hoch, Prozedere fraglich und oft unfair). In anderem Zusammenhang wurde erläutert, dass ein humanistisches Gymnasium eine Option für eine kleine Gruppe sein sollte – es gäbe ja eine Reihe von Ausbildungsalternativen (BMS, Fachhochschulen, auch Universitätszugang).

Der derzeitige Modus (Lehrerentscheidung) sei gut, da der Lehrer das Kind lange und gut kennen, während die Eltern massiv Druck aufbauen würden (v.a. Richtung Gymnasium). Der Modus sei jedoch schlecht, da häufig subjektiv bzw. unfair entschieden würde.

Einzelne Experten befanden, dass sich die Lehrer selber unter Druck setzten (Noten in der Primarschule!) und dass es eben Teil des Jobs sei.

Das „Abstempeln“ der Kinder zerstöre die Chancengleichheit, berge gesellschaftliche Sprengkraft – verständlich sei hier die Angst der Eltern. Umgekehrt sei auch der Druck der Eltern „nur“ Richtung Gymnasium verfehlt. Die Ausrichtung am Ideal „Gymnasium“ gehe an den Bedürfnissen des Landes vorbei.

Die faktisch bereits vorhandenen Durchlasspunkte seien noch nicht ausreichend (Durchlässigkeit nach oben und unten verstanden). Es herrscht Uneinigkeit, wo bzw. in welche Richtung derzeit Durchlässigkeit ausreiche, einig ist man jedoch, dass sie noch nicht ausreiche. Voraussetzung sei, dass man eine vernünftige Häufigkeit finden müsse, Standardprüfungen und genaue Definitionen, was ein Kind wann können müsse, seien Voraussetzung – und man müsse alles gut kommunizieren.

Einer der auch von den Experten hervorgehobenen Knackpunkte ist das schlechte Image der eigentlich hervorragenden Oberschule. Es sei ein gesellschaftliches Problem, dass die Schüler ihr Potenzial nicht zeigen könnten, dass es nicht honoriert werde (Arbeitslosigkeit mit allen Konsequenzen für den sozialen Frieden im Land). Zentral sei hier eine Aufwertung des Images von Handwerksberufen, eine veränderte Einstellung von Bevölkerung und Wirtschaft. Die praxisnahe Ausbildung, Praktika (um die Leistungsfähigkeit zeigen zu können) und Stellen für kognitiv schwächere Schüler sind konstruktive Anregungen.

Zahlreiche Expertenstatements bezogen sich auf die Qualifikation und Evaluation der Lehrer: Neue soziale und pädagogische Werte, man sei eher Coach, muss Problem- und Konfliktlösungskompetenz vermitteln, Fortbildung sei zwingend, die Ängste der Lehrer seien ernst zu nehmen. Aber es gelte auch, Supervision und Evaluation durchzuführen und ungeeigneten Lehrern andere Möglichkeiten aufzuzeigen. Wichtig sei, dass Evaluation nicht dem Lehrermobbing diene.

Mehr Schulautonomie und mehr Konkurrenz zwischen den Schulen sowie die „richtige Führung“ der Schulen sind weitere Punkte hier (der Wettbewerb würde schliesslich auch das Niveau der Lehre heben). Einige Wortmeldungen drehten sich um die Verbürokratisierung, den Aufwand des Schulsystems und darum, dass man bei Neuerungen durchdachte Konzepte und eine klare Linie vermisse.

Hinsichtlich der auch für Experten wünschenswerten Förderung (v.a. von schwächeren bzw. einseitig begabten Schülern) verweisen die Befragten vielfach auf organisatorische Fragen: Lehrerweiterbildung, kleinere Klassen, Zusammenarbeit der Lehrer in Bezug auf das „gemeinsame“ Kind, Teamarbeit beim Festlegen von Lernzielen etc. Vereinzelt wird schon auf schulische Initiativen wie Olympiaden hingewiesen. Förderung kann und soll aus Sicht der Wirtschaftsexperten auch mehr Kooperation mit der Praxis und mehr handwerkliche Förderung/Ausbildung bedeuten.

Eine andere Facette ist die Information und Einbeziehung der Eltern – sie müssten ihre ureigene Verantwortung wieder mehr wahrnehmen (können), gegenseitige Akzeptanz und Konsens zwischen Eltern und Lehrern seien wieder mehr zu fördern. An anderer Stelle wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, überforderte Eltern auch zu unterstützen, ja auszubilden. Fraglich bleibt, wer derartige Angebote überhaupt frequentieren würde und welchen Nutzen sie längerfristig hätten.

Die Experten konstatierten in Bezug auf die Schulprobleme schliesslich auch einen Niveauunterschied – besonders gegenüber der Schweiz (Sprachen, Mathematik; Lehrstellen und Universitäten).

Einige Nennungen kreisten bereits hier um eine Reformumsetzung. Man müsse nun warten (3-4 oder 10 Jahre) und in Etappen vorgehen (z.B. Leistungsniveaus in den Kernfächern einführen, einseitig Begabte punktuell fördern, Prüfungsstandards), um eine breitere Zustimmung zu erreichen.

Beurteilung vorgegebener Probleme

Zieht man für einen einfacheren Vergleich die Mittelwerte heran und fokussiert man auf Beurteilungen von 3 und mehr, so wird ersichtlich, dass die wichtigsten Probleme in den verschiedenen Zielgruppen ähnlich gesehen werden. Oberschulimage, Chancengleichheit in allen Gruppen, Begabtenförderung, Stützung Schwächerer und Gewalt/Mobbing in fast allen (nicht bei den Lehrern). Stimmbürger und Betriebe sprechen auch die Allgemeinbildung als relativ dringlich an, Eltern und Betriebe den individuelleren Unterricht. Eltern und Lehrer sprechen

auch den Selektionsdruck als wichtig an. Für die Lehrer ist zusätzlich die Durchlässigkeit ein wichtiger Punkt, für die Betriebe Fördermassnahmen für überforderte Eltern und die Vermittlung von Kernkompetenzen.

Stimmbürger	Betriebe	Eltern	Lehrer
Oberschulimage	Oberschulimage	Oberschulimage	Oberschulimage
Allgemeinbildung	Allgemeinbildung		
Begabtenförd.	Begabtenförd.	Begabtenförd.	
Chancengl.	Chancengl.	Chancengl.	Chancengl.
Gewalt, Mobbing	Gewalt, Mobbing	Gewalt, Mobbing	
	Indiv. Unterricht	Indiv. Unterricht	
Stützung Schw.	Stützung Schw.	Stützung Schw.	
		Selektionsdruck	Selektionsdruck
			Durchlässigkeit
	Chancengl. (Gymi)		
	Förderm. Eltern		
	Kernkompetenzen		

Frauen betonen Schulstress, Selektionsdruck, Gewalt und Mobbing, Begleitmassnahmen (Schulpsychologen), Lehrerüberlastung und Tagesbetreuung, Männer die Schulautonomie, frühere Einschulung, Sanktionsmöglichkeiten und Kernkompetenzen – Frauen erleben die psychisch-emotionale Belastung demnach stärker.

Parteiensympathie beeinflusst die Problemwahrnehmung kaum – VU-Wähler betonen die Chancengleichheit mehr, Wähler der Freien Liste den Selektionsdruck, Lehrerüberlastung, Chancengleichheit und Oberschulimage.

Befürworter von SPES gewichten die Probleme höher – nur die Allgemeinbildung und die Begabtenförderung sind aus Sicht der Ablehner gravierendere Probleme. Die Wahrnehmung der Probleme Selektionsdruck, Chancengleichheit, Durchlässigkeit, Oberschulimage ist bei Befürwortern deutlich ausgeprägter, evtl. liegen hier wichtige Treiber für eine Pro-Einstellung.

Mütter beurteilen die Lage fast deckungsgleich wie Frauen, Väter und Männer weisen kleine Unterschiede auf (Männer sprechen Allgemeinbildung, Kernkompetenzen und überforderte Eltern an und stehen so dem Antwortprofil der Lehrlingsausbildner nahe, Väter sehen eher den Selektionsdruck – hier braucht es für Männer offenbar das eigene Erleben als Vater).

Oberschul-Eltern sehen zwei äusserst wichtige Probleme: das Oberschulimage und die Bekämpfung von Gewalt und Mobbing. Auch die Stützung Schwächerer, Elternförderung und Kernkompetenzen sind für diese Gruppe überdurchschnittlich wichtig.

Schulstress ist für Eltern von Primar- und Realschülern besonders relevant, in der Realschule kommen Stützung und Begabtenförderung hinzu (dies entspricht der häufigeren Inanspruchnahme von Stützunterricht durch Realschüler). Eltern von Gymnasiasten fokussieren primär auf Begabtenförderung, während Chancengleichheit, Durchlässigkeit, flächendeckende Angebote und Selektionsdruck für sie eher vernachlässigbar sind.

Auch die Lehrer im Gymnasium sehen die Probleme als weniger dringlich an, auch ihnen geht es primär um die Begabtenförderung. „Abnehmer“ der Sekundarstufe weisen vermehrt auf die Ausbildung in den Kernkompetenzen (und den Lehrkräftemangel) hin. In der Real- und Oberschule erleben die Lehrer die Probleme ähnlich – in der Oberschule sind Chancengleichheit und Tagesbetreuung noch etwas wichtiger. Primarlehrer unterstreichen Selektionsdruck, Durchlässigkeit, Schulstress und Oberschulimage als problematischer, aber auch die Elternförderung und die Lehrerüberlastung und Sanktionsmöglichkeiten. (Zusätzlich kann festgehalten werden, dass Lehrer geringerer Motivation häufiger auf die Arbeitsüberlastung, Stress und Burnout hinweisen.)

Nicht nur die Primarlehrer, auch die Lehrlingsausbildner urgieren Förderungsmassnahmen für überforderte Eltern überdurchschnittlich oft.

Die befragten Experten sehen ebenfalls in der Oberschulfrage das grösste Problem. Bereits mit Abstand (aber immer noch wichtig) folgen Durchlässigkeit, Selektionsdruck, Chancengleichheit, Elternförderung, Tagesbetreuung, individueller Unterricht. Vernachlässigbar sind für sie Elternmitwirkung und Begleitmassnahmen. Die Beurteilung ähnelt jener der Lehrer. Im Vergleich zu den anderen Gruppen sind Durchlässigkeit, Selektionsdruck, Elternförderung und Tagesbetreuung den Experten wichtigere Anliegen.

Schlagworte in der Reformdiskussion

Mit den Experten wurde auch diskutiert, wie einige, immer wieder in der Diskussion auftauchende Anliegen zu definieren und ggf. zu erfüllen seien.

Bildungsvielfalt:

Darunter wird ein breites Fächer- oder Schwerpunktportfolio verstanden, aus dem das Kind entsprechend seinen Begabungen wählen kann. Dabei wird häufig auf Kurse bzw. Schultypen (gleiches Grundangebot und verschiedene Profile) verwiesen, aber auch auf verschiedene Angebote wie Privatschulen und Sportschulen – und das Langzeitgymnasium (2 Nennungen). Mehrheitlich sprechen die Experten hier von Profilschulen (Schwerpunkte, Begabtenförde-

rung, Stützunterricht, Leistungszüge, Schulautonomie-diversifiziertes Angebot, Möglichkeit zum Schulwechsel). Es sei jedoch mit Augenmass zu agieren – „nicht für jeden Schüler ein eigenes Programm“ – unter Wahrung der Tradition und Kultur des Landes. Einige Experten betonen die damit zusammenhängende Notwendigkeit neuer Unterrichtsformen, des Lehrer-Erfahrungsaustausches und der Lehrermotivation.

Chancengleichheit:

Obwohl für einige Experten Chancengleichheit nie erreicht werden kann, geht es (auch ihnen) darum, den Kindern unabhängig von ihrem Geschlecht (Knaben!), ihrer Herkunft (Migrationshintergrund), ihrer Schicht (Bildungs- und Einkommensverhältnisse der Eltern) oder ihrer Religion dieselbe Unterstützung angedeihen zu lassen. Dies bedeutet Stützung und Förderung – jedes Kind müsse dort „abgeholt werden, wo es steht“ – und die Wahl des Ausbildungswegs (niemand dürfe das Kind „überfahren“, alle Entscheidungsprozesse müssten transparent und fair sein, Wechsel müssten möglich sein). Chancengleichheit bedeute auch, so einzelne Experten, dass die Gesellschaft für die unterschiedlichen Fähigkeiten der Menschen offen bleiben müsse.

Alle Angebote müssten früh (Kindergarten oder schon Kleinkinderbetreuung) einsetzen – z.B. Sprachförderung, die Verantwortung (Finanzierung) liege beim Staat. Konkret gehe es um Förderunterricht, Lernbegleitung, Ergänzungsunterricht, Hausaufgabenunterstützung, Tages-schulen, Basisstufe. Die Umsetzung umfasse auch klare und realistische Bedingungen für den Wechsel von Schultypen und Leistungsniveaus sowie eine bessere Bekanntmachung der bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten (z.B. Lehre mit aufbauenden Schulen). Eine andere Anregung bezog sich auf Zertifikate für einseitig Begabte (z.B. Oberschulkind mit Realschulabschluss im Fach xy). Zusätzlich müssten die Eltern informiert und auch motiviert (für Bildung sensibilisiert) werden, auch Schulsozialarbeiter werden erwähnt.

Flexibilität, Durchlässigkeit:

Dies bedeute primär den Wechsel zwischen Leistungsstufen aber auch zwischen Schultypen – und zwar in beide Richtungen (oben und unten – wobei es bei letzterem häufig ein Elternproblem gäbe). Es bedeute zusätzlich das Eingehen auf die individuellen Stärken und Schwächen sowie auf Lerngeschwindigkeit und Entwicklungsstand (Leistungsprofil, verschiedene Niveaustufen, auch: Möglichkeit, etwas nachzuholen). Damit steigt die Bedeutung der Kommunikation Lehrer-Eltern und zwischen den Schulen. Eine längere, intensivere Zusammenarbeit des Lehrers mit dem Kind (mehr Jahre, mehr Fächer unterrichten) wäre nötig, um das Kind kennenzulernen und mit den Eltern zu kooperieren. Hinsichtlich Umsetzung verweisen einige Experten auf SPES. Die Meinungen über die Häufigkeit der Wechselmöglichkeiten gehen auseinander, eine gewisse Kontinuität sei jedoch nötig. Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, dass schon jetzt mehr Flexibilität gegeben sei, als bekannt sei (dementsprechend wenig werden diese Möglichkeiten genutzt).

Vermittlung von Kompetenz:

Darunter wird Fachkompetenz (Schulstoff, Sachwissen), Methodenkompetenz (Problemlösungstechniken, Lerntechniken), aber auch Sozialkompetenz verstanden – letzteres wird jedoch von einigen Experten im Bereich des Elternhauses angesiedelt. Mehrere Experten führen aus, dass in der öffentlichen Diskussion gerade dieser Begriff sehr schwammig verwendet werde. A und O bei dieser Frage sind die Lehrpersonen. Aus- und Weiterbildung und Motivation sind zentrale Punkte, es wird auch erwartet, dass Lehrer fächerübergreifend vorgehen können und auch über die Schule hinaus helfende Ansprechpartner sind. Auch die Unterrichtsformen sind in Diskussion (klassenübergreifend, Team-/Projektarbeit, Reformpädagogik, freies Arbeiten statt lehrerzentrierter Unterricht, selbstgesteuert, Lernen von einander). Einige Experten unterstreichen die kindliche Freude am Lernen, weniger Stress und Überforderung, auch andere Werte zählten – und auch Jugendliche seien verstärkt anzuhören („die sind heute nirgends mehr erwünscht“).

Kindgerechte Schule:

Motivation und Emotion stehen hier meist im Vordergrund (Schule sollte Lust auf Neues wecken). Das Kind solle sich wohlfühlen – da es am richtigen Ort sei (Zuteilung), da beispielsweise die Räumlichkeiten kindgerecht seien, da es Zeit und Raum für Bewegung habe, da es (Klassengemeinschaft, Klassenlehrer) stabile Bezugspersonen habe und v.a., da es individuell gefördert, ja auch: gefordert würde (z.B. auch besonders wissbegierige Kinder), und zwar auch in der Persönlichkeitsentwicklung. Dies umfasse durchaus auch bestimmte Regeln. Wohlfühlen sei nicht unter allen Umständen der zentrale Wert: Kinder müssten manchmal im Sinne ihrer langfristigen Interessen „durch“, sie müssten lernen, auch später mit Druck umgehen zu können. Zentral seien auch in diesem Zusammenhang die Lehrpersonen – die Qualität sei nicht immer völlig zufriedenstellend, es gäbe jedoch kaum Einflussmöglichkeiten. In einem anderen Zusammenhang wurde Gewalt und Mobbing angesprochen. Sie hängen aus Expertensicht nicht unbedingt mit dem Schulsystem zusammen – drei Experten befürchteten jedoch, dass SPES mit der heterogeneren Schülerschaft an einzelnen Standorten zu mehr Konflikten führen könnte, zwei Experten erwarten einen Rückgang (Kennenlernen, mehr Schülerkompetenzen). Die Eltern seien hier mehr einzubinden (auch als Verpflichtung), es müsste mehr Reaktions-/Sanktionsmöglichkeiten für Lehrer geben.

Familienfreundliche Schule:

Hier geht es primär um Tagesstrukturen und Betreuungsangebote zur Unterstützung berufstätiger Eltern. Neben Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung, Krippe und Hort wird auf operativer Ebene auf Blockzeiten, das Einhalten der Schulzeiten und einheitliche Schulferienzeiten (sowie in einem Fall auf mehr freie Zeit für Familie und andere Aktivitäten) verwiesen. Die Nutzung der Angebote sollten jedoch freiwillig sein; die Frage nach ihrer Finanzierung wird nicht einheitlich beantwortet. Familienfreundlich bedeute weiter, dass Eltern und Lehrer sich kennen,

sich austauschen, kooperieren (nicht gegenseitig kontrollieren oder „aushebeln“) dass die Eltern z.B. die Erziehungsgrundsätze der Schule kennen, dass die Eltern nicht nur ihre Rechte einforderten, sondern auch ihre Pflichten interessiert wahrnehmen. Keine Einhelligkeit gab es bei der Frage nach der optimalen Aufteilung der Erziehungsaufgabe zwischen Schule und Elternhaus.

Problemwahrnehmung der Schüler

Die an sich gute Motivation der Schüler wird durch die Anzahl der Antworten bei der Frage nach positiven bzw. negativen Erlebnissen untermauert. Fast alle finden zumindest etwas an der Schule positiv –und zwar häufig der Unterricht selbst, aber auch die Mitschüler bzw. die Lehrer. Weniger motivierte bzw. Realschüler können zumindest mit „Freizeit“ etwas Gutes finden. Negativ sind Unterricht, Prüfungen und Hausaufgaben, Lehrer und zu lange Schulzeiten (am Morgen, am Abend). Realschüler leiden besonders unter Prüfungen/Hausaufgaben (Stress) und lange Schulzeiten/Aufstehen. Die vorgegebenen möglichen Probleme betreffen nur eine Minderheit von maximal 10% – lediglich „eine Gruppe oder einzelne Schüler in der Klasse, die immer stören“, sind für jeden Vierten ein Thema. Am ehesten klagen die Schüler (vor allem die weniger motivierten) über Schwierigkeiten, den Stoff zu bewältigen, elterlichen Notendruck, Lehrermotivation und Klassenklima.

Das zentrale Thema des Selektionsprozesses aus Schülersicht: Für etwa 13% der Primarschüler (aufgrund des Alters vorsichtig zu interpretieren) werden künftig nicht in den gewünschten Schultypus gehen können. Auch in der Rückschau auf den Selektionsprozess ergibt sich über alle Schülergruppen ein Anteil von etwa 10-15%, die mit dem Ergebnis nicht wirklich zufrieden waren bzw. sogar heute noch wechseln würden. Dabei divergieren die Einschätzungen klar nach Schultypus. Während der Besuch von Realschule oder Untergymnasium zu 90% und mehr Zufriedenheit auslöst, sind 25-33% ausgesprochen unzufrieden damit, dass sie die Oberschule besuchen mussten/müssen.

In dieser Selektionsphase erlebten 40% rückblickend Druck und Stress (vor allem Real- und Oberschüler).

Die Abstimmung

An der Abstimmung nahmen tendenziell eher Frauen, mittelalte Befragte (Familienmenschen) und kaufkräftige Schichten teil. Eine Nichtteilnahme wurde einerseits häufig mit Desinteresse (Nicht-Betroffenheit) begründet, aber zu einem wichtigen Prozentsatz auch mit Überforderung, zu wenig Informationen, unverständlich.

Bei Frauen und im Unterland wurde SPES mehr befürwortet, im Oberland und im mittleren Alterssegment stimmten besonders viele ungültig. Nach Parteien stimmten Wähler der Freien Liste klar dafür, Wähler der VU ebenfalls (wenn auch weniger deutlich), während Wähler der FBP die Vorlage mehrheitlich ablehnten.

Eltern waren für diese Abstimmung besonders mobilisiert, und bezieht man sich (aus Validitätsgründen) auf die Eltern aus Phase I, so stimmten Eltern zu 51% pro, zu 41% contra SPES.

Die Elternbefragung selbst (Phase II) ergab, dass Väter eher teilnahmen als Mütter, während Frauen generell eher teilnahmen als Männer – Väter dürften die persönliche Betroffenheit brauchen, um sich für dieses Thema zu interessieren. Väter stimmten denn auch positiver als Mütter (60% Väter : 56% Mütter – im Vergleich dazu 49% Frauen und 39% Männer).

In Phase II wurde bei den stimmberechtigten Eltern und Lehrern eine relativ geringe Abstimmungsteilnahme bzw. ein relativ geringer Anteil Gegner verzeichnet. Bei der Interpretation muss demnach davon ausgegangen werden, dass die Medienberichterstattung (Leserbriefe) zur Umfrage die Probanden „vorsichtiger“ machte und „Nein“/„ungültig“-Stimmende eher angaben, gar nicht gestimmt zu haben.

Die vorgeblich geringe Teilnahme von Gymnasiasten- (kritisch) und Oberschul- (bildungsfern) Eltern könnte so erklärt werden. Und auch der relativ hohe Anteil jener, die nach der Abstimmung froh um die Nachdenkpause sind, passt in dieses Bild.

Eltern von Gymnasiasten stimmten mehrheitlich gegen SPES – hier möchte auch ein Anteil von 13% überhaupt keine Reform, während die klare Mehrheit der Eltern von Primar- und Privatschülern die Ablehnung bedauert.

Auch bei sehr restriktiver Umrechnung votierte die Mehrheit der Primar- und Realschullehrer für SPES – und kein einziger Gymnasiallehrer. Weniger motivierte Befragte (v.a. Primar- und Realschullehrer) nahmen häufiger an der Abstimmung teil und stimmten mehrheitlich für

SPES. Es bleibt dahingestellt, ob die Motivation oder die Spezifika der Schultypen das Abstimmungsverhalten bestimmten.

Argumente aus der Abstimmungsphase

Ein Ja zu SPES war primär durch die Argumente Chancengleichheit, individuelle Förderung, Selektion(szeitpunkt) und Durchlässigkeit begründet, ein Nein durch die Argumente Zu wenig ausgereift, Jetziges System ist gut, Reform ist zu radikal/zu schnell; weiter spielte die Sorge um den Bestand des Langzeitgymnasiums eine Rolle.

Die Argumente wurden meist von 70 bis 86% der Stimmbürger erinnert, am wenigsten erinnern sich die Stimmbürger an Elternmitsprache, Elternhaus ist entscheidend (Ausländerintegration), Untergymnasium als spezielles Angebot für kognitiv Begabte belassen, frühere Einschulung, Rückstand im Gymnasium durch nur Profilschulen und zu weitgehend.

Die Gegner erinnern sich etwas weniger an die Argumente (auch: zum Teil bei den Gegenargumenten), so dass man die Hypothese formulieren könnte, dass die Ablehnung zu grossen Teilen auf Distanz zum Thema und ein diffuses Unbehagen zurückzuführen ist.

Eltern erinnern sich (wegen der „Nähe“ des Themas“) besser als die Stimmbürger, den Lehrern sind die meisten Argumente noch in Erinnerung – während die Lehrlingsausbildner weniger davon behalten haben.

Welche waren die fünf wichtigsten Argumente: Gruppenübergreifend lässt sich festhalten, dass „Leistungsgruppen und Schwerpunkte individuell zusammengestellt (Lernmotivation und –zufriedenheit)“ sowie „Systemänderung bedeutet nicht automatisch gute Schule“ in allen Gruppen unter den Top-5 rangiert.

	Stimmbürger	Betriebe	Eltern	Lehrer
Abwärtsspirale Oberschule	x	o	x	x
eingehen auf Stärken, Schwächen	x	x	o	x
keine frühe Festlegung	o	x	x	x
leistungsgemischte Klassen (pos)	o	o	o	x
Leistungsgruppen, Schwerpunkte	x	x	x	x
Oberschule=Schwache=Abstellgl.	x	o	x	x
Profil für kogn. Begabte	o	x	o	x
Systemänderung nicht: gute Schulen	x	x	x	x
wohnortnahe Gymivorbereitung	-	o	o	x

„x“ – Top-5, „o“ – Top-10, „-“ – nicht unter den wichtigsten Argumenten

Zu dem als wichtig eingestuften Argument „Wenn man das Schulsystem ändert, bedeutet das nicht automatisch gute Schulen, die Unterrichtsgestaltung und das Lehrerengagement sind viel wichtiger“ merkten die Experten folgendes an:

Dieses wichtige Argument sei systemunabhängig. Allerdings würde eine Systemänderung auch ein geändertes Lehrerbild und eine geänderte Unterrichtsart mit sich bringen müsste. V.a. die Förderung Starker und Schwacher, die Moderation in leistungsgemischten Klassen und die individuellere Unterrichtsgestaltung hängen zentral von Kompetenz und Motivation der Lehrer ab. Im Vorfeld von SPES sei hier häufig Aufbruchstimmung gewesen, der nun Frustration folgte. Die meisten Experten unterstreichen jedoch, dass es bei der „Kompetenzaufrüstung“ noch einiges zu tun gäbe.

Ein weiteres Argument der SPES-Ablehner war „Der Umsetzungszeitplan ist unrealistisch, die Reform ist zu wenig vorbereitet, z.B. hinsichtlich Kompetenzen der Lehrer; es ist ein Experiment, man gibt Bewährtes auf, ohne dass man weiss, ob das Neue funktioniert“. Dieses Argument sei aus Sicht zahlreicher Experten schlichtweg falsch gewesen. Man hätte es auch erst später im Abstimmungskampf gebracht, dann aber hätte es massgeblich zur Verunsicherung der Eltern beigetragen. Man würde ja hineinwachsen, laufend evaluieren und optimieren – es sei ein Reformprozess. Die Lehrer seien hochmotiviert gewesen, hätten einiges vorbereitet – wenn auch noch viel (Lehrerbild und –kompetenzen) zu tun gewesen wäre. Der experimentelle Charakter wird nicht unbedingt bestätigt. Einzelne Experten wiesen darauf hin, dass

besonders am Anfang die Umsetzungszeit viel zu kurz angesetzt gewesen wäre und dass es keinen kompletten Systemwechsel geben solle.

„Leistungsstarke Schüler werden benachteiligt, wenn sie länger mit schwächeren Schülern zusammen unterrichtet werden, und die schwächeren Schüler werden nicht angemessen gefördert“ – dieses Argument hätte aus Expertensicht die Ängste vieler Eltern angesprochen. Die meisten Experten finden es zwar inhaltlich falsch („Wenn ein Gymnasiast im Zeichnen mit Real- und Oberschülern zusammen ist, lernt er nicht weniger, im Gegenteil, er lernt noch Soziales“), einer ist jedoch selbst unsicher. Das Argument würde durch Elemente von SPES entkräftet, es sei überdies egoistisch. Auch hier wird auf die Lehrerschulung in Reformpädagogik hingewiesen, Ängste (vor der Mehrarbeit) müssten abgebaut werden, die Klassenzahl müsse klein sein. Vor allem im Hinblick auf die Eltern hoch begabter Kinder müssten jedoch eventuell weitere Angebote vorbereitet werden.

Erwartungsgemäss sind Befürwortern die positiven, Gegnern die negativen Argumente wichtiger. Befürworter stützen sich generell auf mehr Argumente (es wurden mehr als „wichtig“ eingestuft“), bei den Gegnern gibt es offenbar eine eingeschränktere Anzahl „Treiber“, insbesondere sind dies: Systemänderung reicht nicht, Elternhaus ist entscheidend, unrealistischer Umsetzungsplan/Experiment, Benachteiligung starker Schüler und Abschaffung des Untergymnasiums.

(Anzumerken ist, dass auch die Befürworter die Elternförderung und den Punkt „Systemänderung reicht nicht“ zu ihren wichtigsten zählen.)

Für Frauen sind fast alle Argumente wichtiger als für Männer – besonders der Selektionsstress und „Reiche weichen auf Privatschulen aus“ wurden klar wichtiger eingestuft.

Kaufkraftschwächere Befragte betonen die Elternmitsprache, den Selektionsstress in der Primarschule und den Selektionszeitpunkt, die wohnortnahe Gymnasium-Vorbereitung und die Vorteile leistungsgemischter Klassen. Aber auch der Erhalt des Untergymnasiums und der Rückgang der Angebotsvielfalt bzw. Bevormundung/Zwang wurde hier häufiger als wichtig erlebt.

Wähler der Freien Liste stufen Pro-Argumente, Wähler der FBP Contra-Argumente als wichtiger ein (VU rangiert in der Mitte) – besonders beim Eingehen auf Stärken und Schwächen, Durchlässigkeit, Ausgleich ungünstiger Voraussetzungen, Selektionszeitpunkt und Starrheit des jetzigen Systems sind die Unterschiede gravierend.

Gemessen am Mittelwert beurteilen Eltern die Argumente ähnlich wie die Stimmbürger (mit Unterschieden in der Rangordnung). Lediglich der Selektionsstress wird von den Eltern klar

stärker gewichtet und die Benachteiligung stärkerer Schüler im gemeinsamen Unterricht schwächer.

Der Schultyp der Kinder spielt hier eine klare Rolle: Eltern von Gymnasiasten stufen Pro-Argumente meist signifikant unwichtiger ein, aber umgekehrt halten sie die Contra-Argumente nicht unbedingt im selben Ausmass für wichtiger als die anderen Eltern. Die Ablehnung wurzelt offenbar eher darin, dass man die positiven Argumente nicht als ausreichende Begründung für die Reform einschätzt, man fühlt sich unbehaglich und bleibt auf Distanz. Die Hauptargumente gegen SPES sind für Gymnasiasten-Eltern der unrealistische Umsetzungsplan, der fehlende Grund für die Abschaffung des Untergymnasiums, Systemänderungen bedeuten nicht automatisch gute Schulen – die Problematik der Oberschule (als Pro-Argument) wird hingegen durchaus anerkannt.

Bei den Lehrern (mit ihrer eher positiveren Haltung zu SPES) werden die Pro-Argumente naturgemäss hervorgehoben. Besonders ragen im Vergleich der Stress aufgrund der Selektion am Ende der Primarschule, die wohnortnahe Gymnasium-Vorbereitung (Chancengleichheit) und die erhöhte Durchlässigkeit des Systems hervor (für Lehrer deutlich wichtiger als für die Stimmbevölkerung). Erwartungsgemäss divergiert die Einschätzung der Gymnasiallehrer stark – die Pro-Argumente sind für sie unwichtiger, die Contra-Argumente wichtiger (Selektionsstress, wohnortnahe Vorbereitung, Systemdurchlässigkeit sind klar weniger wichtig, die für sie nicht begründbare Abschaffung des Untergymnasiums, der Schüler-Rückstand bei „Nur-Profilschulen“ und die Benachteiligung starker Schüler durch den gemeinsamen Unterricht sind hingegen klar wichtiger).

An weiteren Aspekten nannten einzelne Eltern und Lehrer (vor allem aus dem Gymnasium), dass die Diskussion als politisches Hick-Hack, unsachlich, unglaubwürdig, mit Druck und Manipulation geführt worden wäre.

Die Lehrlingsausbildner stellen die Oberschule (Abwärtsspirale) und den „experimentellen Charakter“ der Reform weniger in den Vordergrund, für sie sind Angebote (Profile) für kognitiv Begabte, eine spätere Selektion, ein individuelleres Eingehen auf Stärken/Schwächen, Leistungsgruppen und Schwerpunkte und leistungsgemischte Klassen sowie eine wohnortnahe Gymnasium-Vorbereitung die wichtigsten Argumente.

Die Frage nach den ausschlaggebenden Argumenten wurde mit den Experten offen diskutiert. Dabei kristallisierten sich vier Argumentationskreise heraus:

Komplexität, Unverständlichkeit:

Vor allem für Personen, die dem Thema fernstehen, war die Vorlage sehr komplex, die Argumentation (v.a. pro SPES) zu akademisch. Gerüchte, unklare Antworten, das Klammern an Details schufen Unbehagen. Distanz und Überforderung verursachten Angst, man war nicht bereit, etwas mehr oder minder Funktionierendes abzuschaffen. Hinzu kommt, dass die SPES-Nutznieser bildungsferne Kreise weniger mobilisiert und mobilisierend waren. Eine „scheibchenweise“ Umsetzung, ggf. gepaart mit Schulversuchen bzw. Testphasen könnte hier mehr Sicherheit geben.

Politischer bzw. Diskussionsstil:

Polemiken, Feindbilder, unsachliche, falsche Argumente, Angst hätten dominiert, das Klima sei vergiftet, die Positionen (zumal einiger Proponenten) seien bekannt und festgefahren. Die Befürworter wiegten sich in Sicherheit, hatten schlechte PR/Kommunikation, man reagierte spät, dann allerdings „mit dem Holzhammer“ (Staatspropaganda, kompromisslos, nicht kritikbereit, Maulkorb v.a. für kritische Lehrer). Dieses Verhalten hätte die Bevölkerung dann erst recht stutzig und skeptisch gemacht. Misstrauen und Ängste werden aber längerfristig als Problem bleiben. Die Medien (v.a. Volksblatt) hätten das Ihre dazu beigetragen.

Abschaffung des Untergymnasiums:

Gestützt auf dieses Argument hätten frühere Gymnasiasten und Gymnasiallehrer stark mobilisiert (die Lehrer wohl aus Angst vor Imageverlust, weniger Zulauf, Mehraufwand, einem anderen Unterrichtsstil). Bildungsvielfalt und die Ablehnung von Zwang waren hier die Stossrichtung. Es gäbe Schüler, die schon in der 6. Klasse ein Gymnasium besuchen könnten und wollten, sie würden in einer Profilschule nicht adäquat gefördert, so wie auch die Schwächeren nicht so gut wie in der Oberschule gefördert würden.

Standesdenken, Elitendenken:

Dieser Bereich (mit harten Formulierungen) wurde in den Phasen I und II nur selten angesprochen, für die Experten stellt er eine zentrale Überlegung bei der Erklärung des Abstimmungsergebnisses dar. Die Dreigliedrigkeit sei eine Standesfrage, sie würde von den Eliten zementiert (Angst vor Status-/Privilegienverlust, man wolle unter sich bleiben, sich nicht mit dem „Pöbel“ solidarisieren) und könne von den sozial Schwächeren nicht ausreichend bekämpft werden. Die Dreigliedrigkeit hätte jedoch auch die sachlichen Vorteile kleinerer und homogener Klassen mit besseren Förderungsmöglichkeiten. Die vermuteten Grossklassen durch SPES erlaubten wenig Förderung und brächten eine Nivellierung nach unten.

Informationsquellen

Drei Informationsquellen dominierten bei der Informationsbeschaffung der Stimmbürger: die beiden Tageszeitungen, das persönliche Gespräch mit Freunden und Bekannten und Regierungsbroschüren. Abstimmungsteilnehmer bezogen ihre Informationen aus durchschnittlich 7 Quellen, Nichtteilnehmer nur ca. 4.

Relevant sind die Unterschiede zwischen Befürwortern und Gegnern: Befürworter nutzten deutlich häufiger Veranstaltungen vom Schulamt/Ressort Bildung, www.SPES.li, www.schulemitzukunft.li, Gespräche mit Elternvereinigungen und Veranstaltungen des Gemeindeschulrats. Gegner frequentierten Artikel im Volksblatt klar häufiger (die Unterschiede bei den als Contra-SPES konzipierten Foren ist erstaunlich gering). Wie schon mehrfach angedeutet, stützten sich Ablehner von SPES weniger auf Argumente und entsprechende Informationsquellen, sie sind häufig eher skeptisch-distanziert als explizit-kritisch.

Eltern stützen sich auf Lehrer, Eltern/Elternvereinigungen, aber auch Arbeitgebervertreter. Man scheint sich eher am Urteil von Einzelpersonen zu orientieren, Organisationen wie Gemeindeschulrat, Ressort Bildung, die Vereine Pro-/Contra-SPES, aber auch Lehrervereinigungen oder Rektoren rangieren eher im Mittelfeld. Eltern von Gymnasiasten reihen den Verein für Bildungsvielfalt, gefolgt von Lehrern und Rektoren hinsichtlich Glaubwürdigkeit an die Spitze. Auch Pro Gymnasium und der Gymnasiallehrerverein werden von dieser Gruppe deutlich glaubwürdiger eingestuft.

Lehrern sind Angehörige des unmittelbaren Berufsumfeldes (Lehrer und Lehrervereinigungen, Schulleiter) am glaubwürdigsten – Akteure wie der Gymnasiallehrerverein, der Verein für Bildungsvielfalt und Pro Gymnasium sind nur für Gymnasiallehrer relevante Quellen.

Lehrlingsausbildnern erscheinen Lehrer, das Ressort Bildung, das Schulamt, Elternvereinigungen und Arbeitgeber-/Arbeitnehmer besonders glaubwürdig – Lehrer, Eltern, Amt sind jene Quellen, auf die man sich primär stützt.

Auch aus Sicht der Experten sollten Lehrer, Lehrervereinigungen, Eltern und Elternvereinigungen und das Schulamt das grösste Gewicht in der Diskussion haben, gefolgt von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Die Parteien und die beiden Tageszeitungen sollten das geringste Gewicht haben. Ergänzt wird das Spektrum um Fachleute (Ausland), Ärzte, Kindergärtnerinnen und die „Abnehmer“ der Absolventen.

Lösungsansätze

Als wichtigste Lösungsansätze (gruppenübergreifend) kann man Ausbildungsprogramme für Lehrer, das bewusste Integrieren Schwächerer und die Einführung von Profilschulen (umfassendes Angebot) ansehen. Für Lehrer kommen Freiräume für selbständiges Arbeiten, für Betriebe eine Testphase/Schulversuch bzw. die Beibehaltung des Untergymnasiums als spezielle Profilschule (mit vereinheitlichtem Übertritt) hinzu.

Eine frühere Einschulung oder der Verzicht auf die Schulautonomie sowie die Beibehaltung des Status Quo sind die unbeliebtesten Varianten.

Eltern von Gymnasiasten und Gymnasiallehrer plädieren allerdings öfter als die anderen Eltern bzw. Lehrer für die Aufrechterhaltung des Bestehenden; Für die Eltern von Gymnasiasten sind Lehrer-Ausbildung, Testphase, Autonomie, Integration schwächerer Schüler und Profilschulen die positivsten Elemente einer neuen Lösung, für die Gymnasiallehrer eine Testphase bzw. ein Schulversuch.

Zusätzlich von den Lehrern genannte Aspekte waren:

- Zusammenlegung von Ober- und Realschule
- Einführung eines zweiten Gymnasiums
- Persönlichkeit, Respekt, Disziplin fördern
- Kernkompetenzen stärken (D, M)
- Notengebung einführen, verbessern
- Mehr Zusammenarbeit mit Berufsbildung
- Anschluss an weiterführende Schulen im Ausland erleichtern
- Tagesbetreuung nur freiwillig
- Auch mittelstarke Schüler fördern
- Begleitmassnahmen (Schulpsychologe)
- Altersübergreifendes Lernen

In einer neuen Lösung sollten nach Sicht der verschiedenen Lehrergruppen folgende Elemente enthalten sein: Testphase, Lehrerweiterbildung, Entscheidungsspielräume und Autonomie. Diese drei Punkte sind in allen Lehrergruppen unter den Top-4. Bei Gymnasiallehrern kommt der Wunsch nach Bestand des Untergymnasiums zwingend hinzu, bei allen anderen die Einführung von Profilschulen.

Bei den Lehrlingsausbildnern sollte eine neue Reform die Integration schwächerer, beeinträchtigter oder auffälliger Schüler sowie ein behutsameres Einführen (Pilot/Testphase) enthalten.

Auch die Experten plädieren aus dieser Liste vor allem für die Lehrerbildung und Schulautonomie (durch deren Hervorhebung unterscheiden sich die Experten etwas von den anderen Gruppen), gefolgt von Freiräumen für selbständiges Lernen, Integration Schwächerer, Profilschulen, klare Unterrichtsstrukturen und Sanktionsmöglichkeiten sowie Elternbildung.

Lehrerbildung und Schulautonomie werden von ihnen positiver eingestuft, während die Aufrechterhaltung des Bestehenden, Schulversuche, schrittweise Einführung, der Verzicht auf Schulautonomie und die Beibehaltung des Untergymnasiums als Profilschule weniger beliebt sind als bei anderen Gruppen.

Neue Lösungsansätze

Bei den Expertengesprächen wurde ebenfalls ausführlich über mögliche neue Lösungsansätze diskutiert.

Die meisten Experten halten Verbesserungen für dringend nötig, allerdings nicht unbedingt in Form eines Gesamtpakets.

Ein wichtiger Bereich umfasst Aspekte, die keiner grossen Reform bedürfen: Schulautonomie (Eintrittshürden, Angebot, Lehrer selbst wählen), stärkere Schulleitungen, verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Schulen, höhere Unterrichtsqualität, bessere Qualifikationen (Aus- und Weiterbildung) der Lehrer, Bewertung der Schulen/Lehrer durch Schulbeiräte (mit unabhängigen Experten), Aufwertung des Lehrberufs, vermehrte Projektarbeit (mit Vorgaben zur Durchführung). Einzelstimmen fordern gleichen Lohn für alle Lehrer bzw. befürchten, dass bei gleichem Lohn Mehrarbeit aufgebürdet würde. Es wird auch gewünscht, dass die Schulen mehr Öffentlichkeitsarbeit betreiben sollten und sich mehr mit Vertretern der Wirtschaft oder weiterführender Schulen abstimmen.

Die Expertenvorstellungen über die Zukunft der verschiedenen Schultypen gehen weit auseinander: Umbenennung der Oberschule, Zusammenführung mit der Realschule, Beibehaltung oder Abschaffung des dreigliedrigen Systems, Beibehaltung oder Abschaffung des Untergymnasiums (weniger Selektionsdruck, keine Eliteschule für Reiche mit zu tiefem Leistungsniveau versus humanistisches Bildungsideal und Vielfalt). Hinsichtlich Gymnasium wird auch die optimale Maturitätsquote unterschiedlich definiert.

Hinsichtlich Oberschule geht es für die einen um die Zusammenlegung mit der Realschule, für andere um eine stärkere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft (Praktika) sowie um die Aufwertung der Lehre bzw. des Handwerks.

Vor allem die Abschaffung des Untergymnasiums ist ein heikles Thema. Symptomatisch war die Äusserung „Meiner Meinung nach scheiterte es an der Auflösung des Untergymnasiums. Also könnte man SPES durchführen, wenn man das Untergymnasium behalten würde. Diese Auflösung gehört aber zum ganzen System von SPES, deshalb weiss ich auch nicht, wie weiter. Es muss eine Lösung geben, aber ich kenne sie nicht“.

Eine andere Anregung war, je ein Gymnasium im Ober- und Unterland anzubieten, eine weitere, drei Niveaus von Stammklassen einzuführen und in den Kernfächern ebenfalls drei Leistungszüge (Differenzierungsmöglichkeit ohne Gesamtschule). Schliesslich wird auch die Einführung einer Basisstufe angeregt.

Der Selektionszeitpunkt würde von einzelnen sofort nach hinten verlegt, standardisierte Übertrittsprüfungen bzw. eine einheitliche Aufnahmeprüfung für das Obergymnasium (auch für Schüler des Untergymnasiums) seien nötig. Eine Anregung ging dahin, ein 6. Schuljahr ohne Selektion einzuführen, und danach in die Leistungsniveaus einzuteilen.

Die freie Schulwahl (ggf. mit Bildungsgutscheinen gekoppelt) sollte umgesetzt werden, so dass soziale Kriterien eine geringere Rolle spielten und die Schulen vermehrt im Wettbewerb stünden.

Hinsichtlich Profilschulen (denkbar wären Naturwissenschaftliche, sprachliche, künstlerische Schwerpunkte) seien einheitliche Vorgaben – auch zur Orientierung der Eltern – wichtig.

Bei Schülern des Untergymnasiums, die nicht ins Oberstufengymnasium gehen könnten, sei die fehlende Berufsvorbereitung problematisch.

Das Gesamtpaket „SPES“ wird von den Experten verschieden beurteilt. Die Spannbreite der Meinungen reicht von vereinzelt „genauso umsetzen, keine faulen Kompromisse“ bis hin zu einigen grundsätzlichen Ängsten vor einer so grossen Veränderung und inhaltlichen Kritikpunkten (drei Leistungsstufen in einer Klasse seien schwierig, die Klassen müssten kleiner sein, die Wechselmöglichkeit sei zu oft etc.).

Bezeichnend für eine relativ grosse Gruppe von Experten waren die Äusserungen „Es gab Fehler darin, aber man muss einfach anfangen. Es war eine gute Sache, mit allen Mängeln“, und: „Man soll die Kernelemente aus SPES nehmen, die sehr gut und unbestritten waren, und damit einen neuen Start wagen (nach einer Ruhepause)“

Eine Mehrheit von Experten plädieren für Schulversuche (z.B. im Unterland, wo eine grosse Schule existiert, die Leute bräuchten einen Funktionsnachweis) und schrittweise Einführung, eine kleinere Gruppe für eine sofortige landesweite Einführung. Eine umfassende Reform hätte jedoch derzeit kaum Chancen.

Die Gestaltung des Reformprozesses ist ebenfalls ein wichtiger Punkt, der auch bei den Ursachen der SPES-Ablehnung erwähnt wurde. Es gab Kritik an der Kommunikation und dem Diskussionsstil.

Man müsse zusammensitzen und miteinander (einschliesslich Gymnasium und weiterführenden Schulen, aber auch Lehrmeistern) ein neues Konzept erarbeiten, und zwar sachlich, nicht polemisch. Dieses müsse verständlich kommuniziert werden.

Die von den Experten erwarteten Auswirkungen ihrer Lösungsvorschläge sind insofern interessant, als sie zusätzlich illustrieren, welche Erwartungshaltungen an eine Reform geknüpft sind.

Die Lösungsvorschläge der Experten brächten nach ihrer Meinung bessere, kreativere Schüler, weniger „brain-drain“ zulasten des Handwerks, gut ausgebildete Absolventen mit besseren Arbeitsmarktchancen (auch im Ausland) und damit auch eine Stärkung der Wirtschaft, mehr Innovation im Handwerk. Sozialkompetenz und Leistungsorientierung stiegen an (Gymnasium aufgrund von Leistung, nicht von Beziehungen/Herkunft). Zudem gäbe es mehr Sozialkompetenz, weniger Ausgrenzung und Gewalt.

Die Kinder hätten mehr Zeit für ihre Entwicklung, der Selektionsdruck fiele weg, der Druck für/durch die Eltern ebenfalls – möglicherweise stiege deren Toleranz für andere Bildungswege.

VIII. 10 Minuten-Stichworte

Das Abstimmungsergebnis war ein Resultat von: Distanz zum Thema, Komplexität der Vorlage und dem Diskussionsklima bzw. Kommunikation der Befürworter. Hinzu kommt die Abschaffung des Untergymnasiums und das Standes-/Elitendenken.

Eltern und Lehrer antworteten in vielem ähnlich, auch Lehrer und Experten ähnlich; direktes Erleben, Befassen mit dem Thema; Frauen können sich eher hineinversetzen als Männer, die noch nicht Väter sind.

Frauen, kaufkräftigere Personen und Eltern nahmen eher teil, Nichtteilnahme durch Desinteresse und Überforderung (z.B. Eltern von Oberschülern).

Eltern und Lehrer votierten mehrheitlich für SPES, explizite Ablehnung kommt v.a. seitens Gymnasium-Eltern und –Lehrer.

Ablehnung beruht häufig auf einem diffusen Unbehagen bzw. den (z.T. damit in Verbindung stehenden) Argumenten unausgereift, derzeitiges System ist gut, Reform ist zu radikal und zu schnell. Hinzu kommt: der Bestand des Langzeitgymnasiums müsse gesichert bleiben.

Leistungsgruppen und individuell zusammengestellte Schwerpunkte gehört in allen Gruppen zu den wichtigsten Argumenten, ausserdem „Systemänderung bedeutet nicht automatisch gute Schule“. Die Abwärtsspirale durch die bzw. das Abstellgleis Oberschule, die zu frühe Festlegung zählen ebenfalls in den meisten Gruppen zu den wichtigsten Argumenten.

Die Benachteiligung starker Schüler in leistungsgemischten Klassen sei unwahr und egoistisch, aber für Hochbegabte brauche man evtl. weitere Angebote. Genau bei der befürchteten Nivellierung nach unten setzt die Hauptkritik von Gymnasium-Eltern und Lehrern an (bessere Förderung in kleineren Klassen). Sie kritisieren v.a.: unrealistischer Umsetzungsplan, kein Grund für die Abschaffung des Untergymnasiums, Rückstand der Schüler bei Nur-Profilschulen.

An Informationsquellen dominierten Tageszeitungen, Gespräche im Bekanntenkreis, Regierungsbroschüren; die Rolle der Tageszeitungen wird hinsichtlich Klima hinterfragt. Mehr Gewicht sollten Lehrer, Lehrervereinigungen, Eltern, Elternvereinigungen, Schulamt haben; weniger hingegen die Medien und Parteien. Zusätzlich: Schülervetreter, Fachleute (Ausland), Ärzte, Kindergärtnerinnen, Abnehmer.

Konsens über die Probleme:

Unbestritten sind die Probleme:

- Selektion, Chancengleichheit, Durchlässigkeit, Oberschule, Lehrerweiterbildung/-evaluation, Schulautonomie, Förderung Starker/Schwacher, Elternausbildung
- Allgemeinbildung (Abnehmer der Absolventen), individuellerer Unterricht, Tagesstrukturen/Betreuungsangebote (freiwillig)

Gewalt/Mobbing sei ein gesamtgesellschaftliches Problem, fraglich ist, ob es durch SPES mehr oder weniger wird?

- Befürworter: Selektion, Durchlässigkeit, Chancengleichheit, Oberschulimage
- Ablehner: Lehrerkompetenz, Ausländerintegration // Begabtenförderung

Zur Oberschule: Einer der Brennpunkte in der Diskussion, ihre Arbeit sei sehr gut, Image und Berufschancen sind das (gesellschaftliche) Problem; generell müsste das Image von Lehre und Handwerk verbessert werden.

Das übersehene Problem: Die Realschule stösst an ihre Grenzen – inhaltliche Anforderungen, man geht hin um der Oberschule auszuweichen, Unterricht für eine sehr heterogene Schülerschar etc. – die Motivation der Lehrer und Kinder ist klar geringer.

Lehrer und Eltern sehen je nach Ausgangslage den Stress der Schüler und Lehrer (Primarschule), Stress, Selektion, Chancengleichheit, Durchlässigkeit, Disziplin, Elternmitwirkung, Förderung Starker/Schwacher (Realschule), Chancengleichheit, Oberschulimage, Gewalt und Mobbing, Stützung v.a. der Schwächeren, Kernkompetenzen und Elternförderung (Oberschule), Übertritt, Oberschulprobleme und Begabtenförderung (Gymnasium).

Fast jeder zweite Schüler erlebt(e) Druck und Stress der Selektion, 10-15% sind aus ihrer Sicht nicht in der gewünschten Schule gelandet (25-33% der Oberschüler).

Stichworte zu Lösungsideen

Keinen Zeitdruck vermitteln

Massnahmen zur **Klimaverbesserung**

Runder Tisch: Lagebeurteilung aufgrund der Studienergebnisse und Weiterentwicklung

Einbeziehung der Gegner, v.a. Gymnasium-Seite, Moderation durch Aussenstehenden, Verzicht auf besonders provokante Exponenten

Unbestrittenes sofort umsetzen sowie Umsetzen von Elementen, die keine Abstimmung brauchen (auf Basis von Konsens!)

Testphase vorschalten, etappenweise realisieren

Selektion:

Zeitpunkt 1 Jahr später (Weiterführung Primarschule), Ende Mittelstufe (Pubertät? Lehrerkontakt?)

Leistungsdruck: in Grenzen ja; Noten in Primarschule

Gymnasium-Quoten: fix, zu hoch – abschaffen (humanistisches Gymnasium bewusst als Minderheitenprogramm, jedoch gleiche Zugangschancen)

Selektionsprozedere fraglich (evtl. Kombination Vornoten und standardisierter Test)

Chancengleichheit zerstört

Freie Schulwahl mit Bildungsgutscheinen

Untergymnasium:

Zwei Untergymnasien?

Standardisierter Gymnasiumseintritt (Prüfung auch für Untergymnasium)

Zusammenlegung Oberschule-Realschule (80-90% „Restschule“)

Berufsvorbereitung nicht nur für Oberschüler

Oberschule:

Image von Lehre/Handwerk angehen, Kooperation mit Wirtschaft in der Schule, praxisnahe Ausbildung, Praktika

Individuelle Förderung/Stützung:

Angebote für Hochbegabte, kleine Klassen; Freiräume für selbständiges Lernen; Integration Schwächerer

Lehrer:

Lehrerweiterbildung forcieren, Neuorientierung, neue Unterrichtsformen (Projekte, übergreifend, Moderation, selbstgesteuertes Lernen etc.) neue Qualifikation, Weiterbildung, Ängste ernst nehmen, Supervision und Evaluation (mit Konsequenzen), Schulbeiräte mit unabhängigen Experten; Lehrern auch Hilfe in Form von klaren Unterrichtsstrukturen und Sanktionsmöglichkeiten geben

Schulautonomie und **Wettbewerb** (Zutritt, Schwerpunkte, Lehrer selbst wählen), stärkere Schulleitungen, Kooperation zwischen Schulen

Information und Einbeziehung der **Eltern**, Verantwortung übernehmen, Fördern – fraglich, ob Angebote genutzt werden und was es brächte

Chancengleichheit:

Nur Versuch, früh einsetzen (Kindergarten; Sprachförderung, Förderunterricht, Aufgabenhilfe, Tagesschulen, Basisstufe als Ausprägungen etc., Verantwortung des Staates)

Durchlässigkeit:

Wechselmöglichkeiten (Schultyp und Leistungsniveau betreffend, nach oben und unten): Anzahl und Modus definieren, klar kommunizieren, Eltern informieren und motivieren, Möglichkeiten zum Nachholen (Bildungsgutscheine)

Profile/Individualisierung:

mit Augenmass, auch nicht zu viel – Lehrerausbildung und –motivation, aber auch länger/engerer Schüler-Lehrer-Kontakt als Voraussetzung; Transparenz für die Eltern schaffen; nicht beliebig viele Profile